

Meinungsbörse

Wandel der Nutztierhaltung  
Die Richtung stimmt

Martin Krause



Als ausgerechnet die Discounterkette Aldi im Juni ankündigte, ihr Sortiment umzustellen und ab 2030 nur noch Fleisch der Haltungsformen 3 und 4 anzubieten – mit mehr Platz für jedes Tier, mehr Luft und Licht – war das Erstaunen groß. Branchenkenner erwarten nun, dass andere Händler nachziehen und niedrigere Haltungsstufen dann am Markt chancenlos sind.

Viele Landwirte geraten so in Bedrängnis, denn sie müssen in neue Ställe investieren – trotz unsicherer Aussichten. Ob die erzielbaren Marktpreise das nötige Niveau jemals erreichen, will derzeit niemand garantieren. Im Gegenteil, beklagt wird die mangelnde Zahlungsbereitschaft der Verbraucher.

Der Ruf nach staatlichen Hilfen ist eine Folge. Gibt es weder Subventionen noch Abnahmegarantien von Schlach-

höfen oder Händlern, werden viele Bauern wohl das Handtuch werfen. Gewarnt wird daher vor der Abhängigkeit von Importen – aus Ländern, deren Haltungsbedingungen aus Deutschland kaum zu kontrollieren wären.

Trotzdem stimmt die Richtung. Denn immer mehr gerade junge Verbraucher wollen die Realitäten der Fleischwirtschaft nicht mehr akzeptieren. Ihnen ist es egal, dass die Agrarstrukturen nicht aus bösem Willen entstanden sind, sondern um im globalen Wettbewerb zu bestehen und die Versorgung aller Bevölkerungskreise mit günstigen Lebensmitteln zu sichern.

Die Politik ist gefragt, den Wandel zu beschleunigen und zu unterstützen. Mehr Transparenz und einheitliche Standards wären eine Grundvoraussetzung. *martin.krause@ihr-kommentar.de*



In den Haltungsstufen 3 und 4 werden (halb-)offene Ställe für Rinder, Kühe (links auf Hof Vogelsang) oder Schweine (Hof Schulze Vowinkel) verlangt.



Fotos: David Inderlied

Deutschland muss sein Energierecht ändern

Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs könnte günstigere Tarife zur Folge haben.

■ **Luxemburg** (dpa). Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) muss Deutschland sein Energierecht ändern und die Rolle der Bundesnetzagentur neu definieren. Das höchste europäische Gericht gab einer von der EU-Kommission erhobenen Klage gegen die Bundesrepublik in vollem Umfang statt.

Demnach wurden in Deutschland Vorgaben der EU-Elektrizitätsrichtlinie und der EU-Erdgasrichtlinie nicht richtig umgesetzt. Im Kern geht es um die Rolle der Bundes-

netzagentur: Die Bonner Behörde legt Netzentgelte auf Basis von Regeln fest, die die Politik beschlossen hat. Aus Sicht der EU-Kommission ist die Behörde daher nicht unabhängig genug.

Der Bund muss nun die Berechnung der Netzentgelte auf neue Füße stellen. Für den Endverbraucher könnte dies mittelfristig günstigere Tarife zur Folge haben. Netzentgelte sind Gebühren, die Netzbetreiber von Energieanbietern kassieren – Verbraucher zahlen sie mit dem Strompreis.

Gauselmann kauft Casino-Sparte vom Land

■ **Düsseldorf** (dpa). NRW hat die landesweite Casino-Gesellschaft Westspiel für 141,8 Millionen Euro an den Glücksspielkonzern Gauselmann verkauft. Der Kaufpreis wurde am Donnerstag dem Landtag mitgeteilt. Am 1. September sei der Vertrag unterzeichnet worden, so Finanzminister Lutz Lienenkämper (CDU). Die Kartellbehörden hätten zuvor zugestimmt.

Ende Juli war bekannt geworden, dass Gauselmann sich gegen weitere Mitbewerber um

die Westspiel-Gruppe durchgesetzt hatte.

Das Familienunternehmen aus Espelkamp hat nun die Kontrolle über die vier bestehenden Spielbanken in NRW, die mit rund 900 Mitarbeitern 2019 Spielerträge in Höhe von gut 117 Millionen Euro erzielten. Zudem hat Gauselmann noch die Möglichkeit, zwei weitere Spielbanken in NRW zu eröffnen. Die bestehenden Casinos sollen unter dem Namen Merkur weitergeführt werden.

Bauern ringen um Existenz und Image

Die Nutztierhaltung steht zunehmend in der Kritik. Die Landwirte sehen sich daher zu Investitionen in modernere Ställe und Anlagen gezwungen. Die Bereitschaft ist da – aber es gibt Hemmnisse.

Martin Krause

■ **Bielefeld**. Es gibt keine glücklichen Tiere in deutschen Ställen? Doch, es gibt sie, wenn der Eindruck nicht täuscht. 300 Schweine auf dem Hof von Ulrich Schulze Vowinkel im münsterländischen Laer zum Beispiel genießen es, in einem riesigen Stall durchs Stroh zu toben, Revierverhalten auszuleben und eine Rangordnung auszukämpfen.

Um eine höherwertige „Haltungsform“ (hier: Stufe 4) zu erreichen, die einen höheren Erzeugerpreis rechtfertigt, hatte Schulze Vowinkel vor vier Jahren die Stirnfront eines gewöhnlichen Schweinestalles weggerissen und die Buchten entfernt. „Selbst im tiefsten Winter sind die Tiere nun am liebsten an der frischen Luft“, sagt Schulze Vowinkel – obwohl allen Tieren auch ein geschlossenes Haus zur Verfügung steht.

Der 38-jährige studierte Agraringenieur gehört zu jener Generation junger Landwirte, die nicht mehr am Pranger stehen wollen wegen der oft kritisierten industriellen Tierhaltung in düsteren Ställen. Oder wegen des umstrittenen Einsatzes enger Kästen-

stände, in denen Zuchtsauen sich in der Zeit des Abferkels nicht ausstrecken können.

„Nutztierhaltung muss sich ändern“, sagt auch Westfalens Bauernpräsident Hubertus Beringmeier aus Paderborn. Seit einigen Jahren bereits gibt es sichtbar Bewegung. Doch die Bauern kämpfen mit Widerständen: Die Bürokratie verzögere manche praktische Veränderung oder mache sie gar unmöglich. Und die Zahlungsbereitschaft an der Supermarktkasse sei deutlich geringer, als es die herbe Kritik an der Tierhaltung erwarten lässt. Doch ohne höhere Erlöse sind die nötigen Investitionen kaum zu stemmen. Manche Existenz steht auf dem Spiel.

Der Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest im Osten Deutschlands und der sinkende Fleischkonsum haben die Schweinefleischpreise zudem einbrechen lassen: Mit Schweinen aus normaler Stallhaltung schreiben alle Bauern jetzt Verluste. Das gelte selbst für die von der Initiative Tierwohl unterstützte, etwas großzügigere „Haltungsform 2“ (mit zehn Prozent mehr Platz). „Jedes Schwein, das nicht in meinen geschlossenen Ställen steht, ist ein Gewinn für mich“,

sagt Schulze Vowinkel.

„Der Markt richtet es leider nicht zugunsten des Tierwohls“, beklagt Thomas Forstreuter vom Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverband. Wenn sie an der Fleischtheke die Wahl haben zwischen ähnlich aussehenden Fleischprodukten zu unterschiedlichen Preisen, nehmen die meisten Verbraucher einfach das billigste Angebot, behaupten die Experten.

Viele Kaufentscheidungen könnten wohl anders ausfallen, wenn die Einkäufer besser informiert wären – über die verschiedenen Haltungsformen und ihre Einstufungen. Der Schlachtkonzern Tönnies sieht sich als Vorreiter der

„Tierwohl-Initiative“, die sich für größere und hellere Ställe und eine bessere Ausstattung einsetzt. Um Reklame für die Änderungsbemühungen der Nutztierhalter und den eingeleiteten Wandel zu machen, lud der Konzern jetzt Journalisten aus ganz Deutschland zum Besuch westfälischer Höfe ein.

Etwa zum Hof der Familie Schulze Heil in Münster, der schon 2013 ihren ersten Pigport baute, einen halboffenen Stall mit geschützten Liegeflächen innen und terrassenartigen Ausläufen: „Andere Bauern meinten, wir seien jetzt verrückt geworden“, erinnert sich Margrit Schulze Heil.

Oder zum Hof der Familie Vogelsang in Rheda-Wieden-

brück, der seine 180 Milchkuhe vorwiegend in überdachten, aber rundum offenen „Laufställen“ hält, in denen freier Kuhverkehr herrscht und die Tiere selbstständig zu einem Melk-Roboter gehen können: „Manche Kuh findet das so gut, dass sie mehr als fünfmal am Tag zum Melken will“, sagt Stefan Vogelsang breit lächelnd.

In Sassenberg setzt Helmut Ostlinning schon seit 2010 auf offene Ställe für die Rindern. „Nach dem Schneefall im vergangenen Winter waren alle Rinder weiß“, berichtet Ostlinning. Doch alle Tiere hätten auch den starken Frost gut überstanden. Die Vorstellung, dass Schweine und Rinder es wie Menschen am liebsten muckelig warm haben, sei falsch, sagen die Fachleute. Im Gegenteil: Eher sei Hitze das Problem. „Die Tiere haben dann Probleme, die Wärme abzuleiten“, so Stefan Vogelsang.

Rindermäster Ostlinning freut sich derzeit über einen „sehr guten Preis für Rindfleisch“, wie er sagt. Doch die Bäume wachsen nicht in den Himmel: Mehrerlöse würden durch hohe Preise für Kälber und knappes Futter zum Teil aufgezehrt. > *Meinungsbörse*

Bürokratische Hürden

■ Die Probleme, Genehmigungen für offene Ställe zu erhalten, gelten als Paradebeispiel für Hemmnisse der Agrarwende. Verantwortlich sei die „technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft“, wie der Veterinärmediziner Gereon Schulze Althoff sagt, Leiter des Qualitätsma-

agements bei Tönnies. Diese Vorschrift unterstelle um 30 Prozent erhöhte Emissionen bei Offentfrontställen. Doch dies sei irrig, offene Ställe verursachen wegen geringerer Aufheizung eher geringere Emissionen, so Schulze Althoff: „Diese Vorschrift muss weg“, fordert er.

Gericht lehnt Eilantrag der Bahn gegen Warnstreik ab

Die Lokführer verwerfen das neue Angebot der Deutschen Bahn. Mit einem Vorstoß beim Arbeitsgericht wollte der Konzern den Ausstand stoppen. Gewerkschaftschef Weselsky sieht einen Angriff auf die Grundrechte seiner Mitglieder.

Frank Wenzel

■ **Berlin**. Das ist die nächste Eskalationsstufe im Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn (DB). Die Konzernführung versuchte am Donnerstag mit einem Eilantrag beim Frankfurter Arbeitsgericht, den Streik der Lokführergewerkschaft GDL zu stoppen. Damit rückt zugleich der Kern des Konflikts in den Fokus: das umstrittene Tarifeinheitsgesetz (TEG). Das Gericht lehnte den Antrag am Abend ab. Dagegen kann noch Revision eingelegt werden. Der Lokführerstreik geht jedoch weiter.

„Erneut provozieren sie uns und euch, erneut weisen wir das Angebot der Deutschen Bahn zurück“, erklärte Claus Weselsky (62), Chef der GDL, am Donnerstag bei einer Gewerkschaftskundgebung in

Leipzig. Am Mittwochabend, wenige Stunden vor dem Streik-Start, hatte die Bahn ihre neue Offerte vorgelegt. Trotz des kurzfristigen Entgegenkommens sprach Weselsky von einem „vergifteten Angebot“.

Er sieht einen Verstoß gegen das Grundrecht der Koalitionsfreiheit. Da kommt das TEG ins Spiel. Es schreibt vor, dass nur die Tarifverträge derjenigen Gewerkschaft gelten, die in den jeweiligen Betrieben des Konzerns die Mehrheit der Mitglieder hat. Mit der GDL konkurriert die Eisenbahnergewerkschaft EVG, die nach Angaben der Bahn in 55 von 71 Betrieben mit Überschneidungen vorne liegt.

Mit der Anwendung des TEG verwehre der Vorstand, Tarifverträge für alle Mitglieder seiner Gewerkschaft abzuschließen, damit werde die

Existenz der GDL angegriffen, sagte Weselsky. Bis Ende vorigen Jahres wurde das Tarifeinheitsgesetz nicht angewendet. Die inzwischen eingeleitete Umsetzung dieser Regelungen gilt nun als eigentlicher Grund für die erbitterte Auseinandersetzung zwischen

Lokführern und Management. Der GDL-Chef beklagt, dass wegen der Mehrheitsklausel ein neuer Tarifvertrag für viele der Mitglieder nicht gelten würde. Damit werde seine Organisation gespalten.

Das DB-Management wertet solche Äußerungen als Be-

weis dafür, dass es bei dem Arbeitskampf nicht nur um Tarifliches geht. Entsprechend begründete Personalvorstand Martina Seiler den Eilantrag: „Das Streikrecht ist ein hohes Gut. Allerdings sind Streiks nur dann zulässig, wenn sie sich im Rahmen des geltenden Rechts bewegen. Das ist nach unserer Auffassung bei den Streiks der GDL nicht der Fall.“

Auch Detlef Neuß, Vorsitzender des Fahrgastverbandes Pro Bahn, fordert: „Die GDL sollte den Streik jetzt sofort abbrechen und verhandeln.“ Ebenso der Deutsche Städte- und Gemeindebund: „Nachdem die Bahn ein weiteres Angebot unterbreitet hat, erwarten wir, dass der Streik abgebrochen und eine Verhandlungslösung erzielt wird“, sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg.



An NRW-Bahnhöfen blieb das befürchtete „große Chaos“ wegen des Bahnstreiks aus. Viele hatten vorsorglich umgeplant. Foto: imago images

Persönlich



Stahl und Klima

Martina Merz (58), Thyssenkrupp-Vorstandsvorsitzende, mahnt mehr Unterstützung der Politik beim Aufbau einer klimaneutralen Stahlproduktion an. „Es gibt noch kein tragfähiges Konzept, das die Rahmenbedingungen so beschreibt, dass wir wettbewerbsfähig klimaneutral werden können.“

Foto: dpa



Neue Börse

Xi Jinping (68), Chinas Staats- und Parteichef, hat die Gründung einer neuen Börse in Peking angekündigt. Neben den zwei chinesischen Aktienmärkten in Shanghai und Shenzhen soll der Aktienhandel in Chinas Hauptstadt als wesentliche Plattform für innovative kleine und mittlere Unternehmen dienen. Foto: rtr